



**Ausschuss für Arbeit, Gesundheit, Soziales
und Angelegenheiten der Vertriebenen und Flüchtlinge**

30. Sitzung (nichtöffentlicher Teil)^{*)}

20. Februar 2002

Düsseldorf - Haus des Landtags

12.30 Uhr bis 12.45 Uhr

Vorsitz: Bodo Champignon (SPD)

Stenografin: Simona Roeßgen

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Seite

7 Verschiedenes

a) **Sozialverein für Lesben und Schwule e. V.**

Zuschrift 13/1311

1

Vereinbarung eines Gesprächstermins

^{*)} öffentlicher Teil mit TOP 1 bis 6 siehe APr 13/493

Seite

- b) **Kassenärztliche Vereinigung Nordrhein** 1

Vereinbarung eines Gesprächstermins

- c) **Maßregelvollzugsgesetz** 1

Verfahrensabsprache

Aus der Diskussion

7 Verschiedenes

a) Sozialverein für Lesben und Schwule e. V.

Zuschrift 13/1311

Der **Ausschuss** will der Bitte des Sozialvereins für Lesben und Schwule e. V. um einen gemeinsamen interfraktionellen Gesprächstermin nachkommen. Dazu sollen die Obleute des AGS und des ebenfalls angesprochenen Ausschusses für Kinder, Jugend und Familie einen gemeinsamen Gesprächstermin koordinieren.

b) Kassenärztliche Vereinigung Nordrhein

Der **Ausschuss** will dem Wunsch der Kassenärztlichen Vereinigung Nordrhein nach einem Fachgespräch nachkommen und in der AGS-Sitzung am 10. April 2002 unter Tagesordnungspunkt 1 für maximal eine Stunde über die vorgeschlagenen Themen Arzneimittel, Diabetes und Brustkrebs sprechen.

c) Maßregelvollzugsgesetz

Der AGS könne erst in seiner Sitzung am 10. April 2002 abschließend über das Maßregelvollzugsgesetz beraten und abstimmen, so **Vorsitzender Bodo Champignon**, wenn der mitberatende Rechtsausschuss signalisiere, in seiner Sitzung am 13. März 2002 nachmittags sein Votum dazu abzugeben. Um das März-Plenum zu erreichen, bietet der Vorsitzende an, den Vorsitzenden des Rechtsausschusses um eine gemeinsame Sitzung zu bitten oder als AGS im Anschluss an die genannte Rechtsausschusssitzung zur abschließenden Beratung und Abstimmung zusammenkommen.

Zur Beschleunigung des Verfahrens schlägt **Michael Scheffler (SPD)** vor, das Maßregelvollzugsgesetz als letzten Tagesordnungspunkt der AGS-Sitzung am 13. März 2002 vorzusehen und dem Rechtsausschuss Gelegenheit zur Teilnahme an dieser Sitzung und zur Abgabe eines Votums zu geben.

Nach Ansicht von **Barbara Steffens (GRÜNE)** besteht die Möglichkeit, mitberatende Ausschüsse aufzufordern, ihr Votum bis zu einem bestimmten Zeitpunkt abzugeben. Wie von Michael Scheffler vorgeschlagen, solle der Rechtsausschuss zur nächsten AGS-Sitzung eingeladen werden.

Die Teilnahme des Rechtsausschusses an der AGS-Sitzung müsse freiwillig erfolgen, betont **Horst Vöge (SPD)**.

Vorsitzender Bodo Champignon will dem Vorsitzenden des Rechtsausschusses einen entsprechenden Vorschlag unterbreiten.

gez. Bodo Champignon

Vorsitzender

be/04.03.2002/05.03.2002

195